

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschusskasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 30 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Donnerstag mittag 12 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 25 M. für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

### Die Arbeiterbank.

Von Heinz Hornbostel, Hannover.

Die Deutsche Volksbank, A.-G. die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Siegelmann abgehaltene außerordentliche Generalversammlung beschloß die Gründung des Grundkapitals auf 60 Millionen Mark durch Neuausgabe von 3100 Namensaktien zu je 10000 Mark und 12000 Inhaberkonten zu je 1000 Mark zu einem Kurs von 110 Prozent, deren volle Einzahlung bis zum 31. Dezember d. J. erfolgen soll und aus den Streifen der bisherigen Aktienareale gebildet ist. Gleichzeitig wurde die Umwandlung von 5 Millionen Mark fünfprozentiger Schuldverschreibungen und 600 Namensaktien zu 10000 Mark zum Nennwert beschlossen sowie die Umwandlung der 3 Millionen Mark Stammaktien in Gülden von 10000 Mark (früher 1000 Mark). Der Sitz der Gesellschaft wurde von Berlin nach Essen verlegt, da das geschäftliche Schwergewicht des Unternehmens zunächst im rheinisch-westfälischen Industriegebiet liegt.

Der Gewerkschafts-Kongress in Leipzig hat am 21. Juni dieses Jahres beschlossen, eine „Zentralstelle für Gemeinwirtschaft“ zu schaffen, die die wirtschaftliche und finanzielle Macht der gesamten freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmererschaft zusammenfassen und sie planmäßig organisieren soll zur Durchführung der Gemeinwirtschaft. Weiter hat eine Kommission und später der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschlossen, zur wirksamen Unterstützung dieser Bestrebungen eine Arbeiterbank zu schaffen mit einem Stammkapital von zunächst 100 Millionen Mark. Ueber diese Beschlässe ist es aber noch nicht hinausgekommen. Ineinander her ohne die geringste Fühlungnahme, ja zum Teil im offenen Konkurrenzkampf um die Gunst der Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Parteien. Das muß anders werden. Viel unnütze Kraft ist hierbei vergeudet, die besser zu gemeinsamem Nutzen Verwendung gefunden hätte. Diese Zusammenfassung soll jetzt die „Zentralstelle für Gemeinwirtschaft“ herbeiführen.

Die erste Aufgabe dieser Zentralstelle wird und muß sein: die Schaffung eines gemeinnützig arbeitenden großen Geldinstituts — der Arbeiterbank! Zur Bildung eines Grundfunds wird jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellter und Beamter einen einmaligen Beitrag von einem Stundenlohn opfern — nicht etwa schenken, sondern gegen einen Schuldzinsen der Bank auf etwa 5 Jahre leihen. Bei 10 Millionen freigewerkschaftlicher Arbeitnehmer ergibt das ein Grundkapital von 1000 Millionen Mark; eine Summe, mit der sich schon etwas anfangen läßt. Dazu kämen noch die — heute auf Banken und Sparkassen liegenden und dem Privatkapital fehlenden — Gelder der Gewerkschaften, Genossenschaften, Konsumvereine, Bauhütten. nebst den Spargeldern der Arbeitnehmererschaft. Die Arbeiterbank hätte mit ihren Geldern alle bestehenden und später noch zu gründenden Unternehmungen der Arbeitererschaft (wie Gewerkschaftshäuser, Zeitungen, Konsum- und Produktivgenossenschaften, Bauhütten usw.) mit Kreditkapital zu unterstützen und zu finanzieren sowie den Verkehr mit den Arbeiterbanken anderer Länder zu pflegen. Der Aufbau müßte — am besten unter Anleitung und entsprechendem Ausbau des bestehenden Konsumvereinsnetzes — derart erfolgen, daß im ganzen Deutschen Reich Zweigstellen geschaffen würden mit Landes- und Provinzialsammlerstellen und einer Reichszentralstelle in Berlin.

Aus tausend Kanälen wird dieser Organisation das gesamte Geld der Arbeitnehmererschaft zufließen. Die Arbeiterbank wird mit dem Gelde arbeiten, wie es heute die Sparkassen und Banken auch tun, nur wird sie gemeinnützig arbeiten und das starke Rückgrat für die Sozialisierung der Wirtschaft werden. Der geforderte Beitrag von 100 M. ist dann wirklich kein Opfer für die Arbeitnehmererschaft, sondern ein äußerst geschicktes geldtätiges Manöver und eine Kapitalanlage, die durch Verbilligung der Produktion — soweit das möglich ist — tausendfache Zinsen trägt. Außerdem würden wir hier ein Machtinstrument haben, das in jeder, zielbewusster Arbeit das Kapital entwarfand und in den Dienst der Arbeitererschaft zwingen würde. „Vereint sind wir nichts, vereint alles!“ Das gilt auch für das Arbeiterkapital. — Hier hilft kein langes Gögern und Überlegen mehr, sonst reißt uns der Kapitalismus in den Abgrund, eher wie es denken. Jetzt heißt es beginnen und mit klümem Wagemut anzufangen, was not tut, eingebend der Erkenntnis Dr. Walter Rathenaus, „die privatkapitalistische Wirtschaft ist zum Einstürzen reif; denn ihre gesamten Stützbalke sind verfault!“

Es ist schon oft die Notwendigkeit hervorgehoben worden, daß die Arbeitnehmererschaft ihre Kräfte vereinen muß, um eigene Produktionsverhältnisse und Produktionsbetriebe zu errichten zur Beschaffung für den Eigenbedarf wie auch zu dem Zweck, preisregulierend auf die privatkapitalistische Produktion zu wirken. Das gilt für die Konsumvereine ebenso wie für die sozialen Baubetriebe. Die Wohnungsbaubank wird ihren Zweck, den Wohnungsbau zu fördern, nur dann erfüllen können, wenn es gelingt, das Danaidenloch der Hausoffindurie zu stopfen durch gemeinnützig arbeitende Bauhoffbetriebe: Ueber die Notwendigkeit der Wohnungsbaubank auf Aufrechterhaltung des Wohnungsbauhauses besteht wohl heute kein Streit. Bei unserer heutigen Geldentwertung die Wohnungsmieten auf Friedensstand zu erhalten, ist volkswirtschaftlich unmöglich, solange wir nicht zur reifsten Sozialisierung des Grund und Bodens schreiten können. Durch die Wohnungsbaubank wird aber

der scheinbare Mehrwert der Gebäude wenigstens nutzbar gemacht im Dienste der Allgemeinheit zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und ihrer Schrecken im Baugewerbe und Baubehangewerbe. Daß es nicht gelungen ist, eine soziale Staffelung der Ausgabe nach Wohnungsgröße, Arbeitseinkommen und Familienstand durchzuführen, ist lediglich eine Folge unserer unglückseligen innenpolitischen Machtverhältnisse, wie sie sich aus den Wahlen von 1920 ergeben haben.

Auch die bei Verwirklichung des Stinnes-Luberjacks-Abkommens zu erwartenden Auswirkungen machen die Errichtung eigener Bauhoffbetriebe durch die Arbeitnehmererschaft zu einer zwingenden Notwendigkeit. Inzwischen hat auch der Verband sozialer Baubetriebe ein ähnliches Abkommen — aber auf gemeinnütziger Grundlage und ohne 6% Prohibition auf deutsch-französische Syndikats-Wucherpreise — unmittelbar mit Vertretern der Geschädigten Nordfrankreichs abgeschlossen. Dadurch gewinnt der Verband auch einen Anteil an der Kohle, die für diese Produktion bereitgestellt wird.

Einige wenige Produktionsbetriebe sind bereits im Besitz der Arbeitnehmererschaft. Es müssen mehr werden, wenn wir mitbestimmend einwirken wollen auf die Preisgestaltung. Das gleiche gilt für die Konsumvereine, die unbedingt eigene Produktionsstätten für alle Bedarfsartikel einschließlich Bekleidung aller Art gebrauchen. — Wirst gingen die Einzelunternehmungen der Arbeitererschaft nebeneinander her ohne die geringste Fühlungnahme, ja zum Teil im offenen Konkurrenzkampf um die Gunst der Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Parteien. Das muß anders werden. Viel unnütze Kraft ist hierbei vergeudet, die besser zu gemeinsamem Nutzen Verwendung gefunden hätte. Diese Zusammenfassung soll jetzt die „Zentralstelle für Gemeinwirtschaft“ herbeiführen.

Die erste Aufgabe dieser Zentralstelle wird und muß sein: die Schaffung eines gemeinnützig arbeitenden großen Geldinstituts — der Arbeiterbank! Zur Bildung eines Grundfunds wird jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellter und Beamter einen einmaligen Beitrag von einem Stundenlohn opfern — nicht etwa schenken, sondern gegen einen Schuldzinsen der Bank auf etwa 5 Jahre leihen. Bei 10 Millionen freigewerkschaftlicher Arbeitnehmer ergibt das ein Grundkapital von 1000 Millionen Mark; eine Summe, mit der sich schon etwas anfangen läßt. Dazu kämen noch die — heute auf Banken und Sparkassen liegenden und dem Privatkapital fehlenden — Gelder der Gewerkschaften, Genossenschaften, Konsumvereine, Bauhütten. nebst den Spargeldern der Arbeitnehmererschaft. Die Arbeiterbank hätte mit ihren Geldern alle bestehenden und später noch zu gründenden Unternehmungen der Arbeitererschaft (wie Gewerkschaftshäuser, Zeitungen, Konsum- und Produktivgenossenschaften, Bauhütten usw.) mit Kreditkapital zu unterstützen und zu finanzieren sowie den Verkehr mit den Arbeiterbanken anderer Länder zu pflegen. Der Aufbau müßte — am besten unter Anleitung und entsprechendem Ausbau des bestehenden Konsumvereinsnetzes — derart erfolgen, daß im ganzen Deutschen Reich Zweigstellen geschaffen würden mit Landes- und Provinzialsammlerstellen und einer Reichszentralstelle in Berlin.

Aus tausend Kanälen wird dieser Organisation das gesamte Geld der Arbeitnehmererschaft zufließen. Die Arbeiterbank wird mit dem Gelde arbeiten, wie es heute die Sparkassen und Banken auch tun, nur wird sie gemeinnützig arbeiten und das starke Rückgrat für die Sozialisierung der Wirtschaft werden. Der geforderte Beitrag von 100 M. ist dann wirklich kein Opfer für die Arbeitnehmererschaft, sondern ein äußerst geschicktes geldtätiges Manöver und eine Kapitalanlage, die durch Verbilligung der Produktion — soweit das möglich ist — tausendfache Zinsen trägt. Außerdem würden wir hier ein Machtinstrument haben, das in jeder, zielbewusster Arbeit das Kapital entwarfand und in den Dienst der Arbeitererschaft zwingen würde. „Vereint sind wir nichts, vereint alles!“ Das gilt auch für das Arbeiterkapital. — Hier hilft kein langes Gögern und Überlegen mehr, sonst reißt uns der Kapitalismus in den Abgrund, eher wie es denken. Jetzt heißt es beginnen und mit klümem Wagemut anzufangen, was not tut, eingebend der Erkenntnis Dr. Walter Rathenaus, „die privatkapitalistische Wirtschaft ist zum Einstürzen reif; denn ihre gesamten Stützbalke sind verfault!“

### Weitere Schandthaten der Verbandszerstörer.

Nach Aue und Eberswalde mußte der Verbandsvorstand nun auch den Verein Rodau im Hühnerland auflösen. Der Verein Rodau, dessen Vorstand sich von den Vätern des Verbandes der Ausgeschlossenen feien ließ, hatte seit September die Beitragsperre beschloßen, der Hauptkassier im dritten Quartal berechneten Hauptkassenerbe vorerhalten und zuletzt Beitragsmarken des Verbandes der Ausgeschlossenen an die Mitglieder ausgegeben. Damit hatte der Verein Rodau in argster Weise gegen die Verbandstätigkeit verstoßen und sich selbst außerhalb des Deutschen Bauarbeiterverbandes gestellt. Bemühungen eines Vorstandsbereiters, die Vereinsleitung und ihren näheren Anhang auf den rechten Weg zurückzubringen, waren vergeblich. Die am 31. Oktober abgehaltene Vereinsgeneralversammlung lehnte es ab, eine Erklärung abzugeben, nach der der Verein die Verbandstätigkeit für sich als verbindlich anerkennt. Sie verlangte vielmehr in einem Beschluß, der Vorstand solle auf Kosten der Hauptkasse für die Rodauer Mitglieder den „Bauarbeiter“ abonnieren. Dieses Geßblatt der Hainstraßenorganisation ist in den letzten Wochen tatsächlich aus Verbandsmitteln bezogen worden. Mitglieder, die ein solches Verlangen stellen oder gar ausführen, haben sich innerlich längst von unserer Kampfgenossenschaft losgelöst; sie sind zu Feinden der eigenen Organisation geworden.

Für die Rodauer Vereinsleitung war der Hauptgrund ihrer Zerstörungsarbeit, daß als Geschäftsführer für die zu verjämehenden Vereine Oberrhau und Rodau nicht ihr Vertrauensmann und Haupttreiber der Spaltungsbestrebungen, M. Roscher, sondern der Kollege D. Hermann aus Oberrhau gewählt werden sollte. Ueber Hermann erklärten die Rodauer Vorstandsmittelglieder, daß sie „so einen Kollegen, der die Beschlässe des Verbandstages und das Statut hält, nicht gebrauchen können“. Die Oberrhauer Kollegen wollten dagegen keinen Mann, der mit gutem Mundwerk russische Silber matt und geschwollene Redensarten führt, sondern einen Streiter und Führer, der mit ehrlichem gewerkschaftlichen Willen und in emsiger Kleinarbeit innerhalb des Rahmens der Verbandstätigkeit das Beste für die Kollegenchaft erreichen würde. In Oberrhau wurden bei der Geschäftsführerwahl für Hermann 189, für Roscher 4 Stimmen abgegeben. Rodau hatte sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligt, und verzögert und eigenmächtig wie keine Anderer beschloß eine Versammlung am 24. September unter Führung des Durchfallskandidaten Roscher die Beitragsperre und damit den Kampf gegen den Gesamtverband. Die Drahtzieher des Chemnitzer Hainstraßenverbandes hatten gehofft, die Mehrzahl der Mitglieder mitzureißen; das ist glücklicherweise vorbeigeflogen. Ihr Anhang erreicht kaum zwei Dutzend.

Das frühere Vereinsgebiet Rodau ist dem Verein Oberrhau angegliedert. Geschäftsführer: Oskar Hermann in Oberrhau, Neuffer Grundtaler Straße 29. Dahin sind alle Postsendungen zu richten. Für die Mitglieder des früheren Vereins Rodau werden alle alle Verbandssangelegenheiten, Untersuchungsanträge in Strafrechts- und Arbeitslohn- und Sterbefällen usw. sowie Mißstände und Mißverhältnisse auf den Baustellen von nun an durch den Kollegen Hermann betreut.

### Verweigerte Sonntagsarbeit.

Unter dieser Ueberschrift haben wir in der Nummer 8 des „Grundstein“ laufenden Jahrganges berichtet, daß die Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb „Rhönitz“, Abteilung Förder Verein in Förde, vom dortigen Gewerbegericht mit einer Schadenersatzklage abgewiesen war, die sie gegen 21 Maurer wegen verweigerter Sonntagsarbeit angestrengt hatte. Dieser besonders für die in den großen Werken der Industrie beschäftigten Feuerungs- und Schemmner sehr wichtiger Prozeß hat kürzlich seinen Abschluß gefunden. Die „Rhönitz“ hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt und das Landgericht hat dann das Urteil des Gewerbegerichts aufgehoben und die Maurer als schadenverpflichtig beurteilt. Das Landgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Maurer nach § 105 c 3 der Gewerbeordnung zur Leistung der Sonntagsarbeit verpflichtet waren. Nach dieser Bestimmung gilt das Verbot der Sonntagsarbeit unter anderem nicht für Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, wenn davon der regelmäßige Fortgang des Betriebes abhängt, oder für Arbeiten, wovon die Wiederaufnahme des vollen wertfähigen Betriebes abhängig ist. In den vorliegenden Klagefällen konnte der Betrieb an den ausbleibenden Oefen in der nächsten Schicht nicht wieder aufgenommen werden, weil die Maurer sich geweigert hatten, die Ausbesserungsarbeiten am Sonntag vorzunehmen. Nachdem das Landgericht die Klage der Firma somit dem Grunde nach als berechtigt anerkannt hatte, ist dann vor dem Gewerbegericht über die

Höhe des von den Arbeitern zu leistenden Schadenersatzes verhandelt worden. In dem einen Falle wurden 14 Mauerer beurteilt, insgesamt 1500 M zuzüglich Zinsen als Schadenersatz zu leisten, 1910 M hatte die Firma gefordert. In dem anderen Falle, wo es sich um 7 Mauerer handelte, kam es zu einem Vergleich, wonach die Firma ihre Forderung von rund 23 200 M auf 18 000 M verringerte. Die Bemühungen unserer Dortmunder Arbeitsleitung hatten dann den Erfolg, daß die Firma einwilligte, den Rest ihrer Forderung niederzuschlagen, nachdem sie den beteiligten Arbeitern teils 200 M, teils 115 M vom Lohn gekürzt hatte.

**Anspruch auf Lohnsteuer auf rückwirkende Entlassensetzungen.**

In Frankfurt a. M. waren am 19. September die Löhne tarifvertraglich neu geregelt worden, und zwar wurden die neuen Löhne rückwirkend mit dem 14. September in Kraft gesetzt. Nun verweigerte eine Firma einem am 18. September aus ihrem Geschäft ausgeschiedenen Arbeiter die Nachzahlung des für die Zeit vom 14. bis zum 18. September, bis zum Ausscheiden fällig gewordenen Lohnzuschlages im Betrage von 406 M. Das Gewerbegericht hat die dagegen erhobene Klage als gerechtfertigt anerkannt und die Firma kostenpflichtig beurteilt, dem Kläger den eingeklagten Lohnbetrag zu zahlen. Das Urteil spricht aus, daß der mit rückwirkender Kraft abgeschlossene Tarifvertrag auch für die Arbeiter maßgebend ist, die in der Zeit zwischen dem Tage der Rückwirkung und dem Tarifabschlusse entlassen sind. Das Urteil führt sich besonders auf den § 1 der Verordnung vom 18. Dezember 1918. Danach legen die Bestimmungen des Tarifvertrages für die Angehörigen der tarifschließenden Parteien ohne weiteres den Inhalt des Arbeitsvertrages fest. Ist für rückwirkende Tarifverträge keine Ausnahme vorgesehen, werden die bisherigen Arbeitsbedingungen durch die Lohnbestimmungen des Tarifvertrages ersetzt, außerdem stellen die Tarifverträge eine umfassende, auf autonomer Sachung beruhende, in ihrer Wirkung gesetzlich ähnliche Festlegung von Arbeitsbedingungen dar. Wie eine gesetzliche Befehlsordnung alle Beamten auf die Dauer ihrer Dienstleistung erfaßt, so gilt der Tarifvertrag im Rahmen der genannten Verordnung für alle von ihm umfaßten Arbeitsbedingungen. Gegenseitige Entschädigungen mehrerer Gerichte erklärte das Urteil für abwegig. Denn, wenn darin ausgeführt wird, daß die Arbeitgeber die Rückwirkung nur den bei ihnen noch beschäftigten Arbeitern zugute kommen lassen wollen, um deren Arbeitsfreudigkeit zu heben, so kann dem der zweifelslos entgegen gesetzte Wille der Arbeitnehmer entgegengehalten werden, die allen Arbeitern den in der fraglichen Zeit als der Arbeitsleistung für entsprechend erachteten Lohn sichern wollen. Weides kann aber nur als Motiv für den Willen und zum Abschluß des Tarifvertrages in Betracht kommen und ist für dessen Auslegung bedeutungslos. Soweit in einem Tarifverträge Leistungen vereinbart sind, stellen sie den Ausgleich der auf beiden Seiten der Vertragsschließenden wirkenden Beweggründe dar. Für die Auslegung können wir den Beweggründe dar. Für die Auslegung können wir den Beweggründe dar. Für die Auslegung können wir den Beweggründe dar.

**Bauarbeiter, meidet Holland!**

Im „Grundstein“ ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Bautätigkeit in Holland abnimmt und infolgedessen unter den Bauarbeitern große Arbeitslosigkeit herrscht. Von dieser Arbeitslosigkeit sind jedoch hauptsächlich die einheimischen Bauarbeiter betroffen, wogegen die aus dem Ausland kommenden Arbeiter den Widerstand brechen zu können, den die einheimischen Arbeiter einer Lohnverhinderung entgegensehen. Der „Grundstein“ hat die deutschen Bauarbeiter deshalb wiederholt aufgefordert, Holland zu meiden. Den in Holland arbeitenden deutschen Kollegen, namentlich Statikern, ist sogar die Pflicht auferlegt worden, Holland zu verlassen, und damit den arbeitslosen einheimischen Bauarbeitern Arbeitsstellen freizumachen. Wie weit diese Solidaritätspflicht erfüllt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. In diesen Tagen jankt uns die ländliche Föderation von Bauarbeitern in den Niederlanden, das ist die unionistisch gerichtete Sonderorganisation holländischer Bauarbeiter, ein Schreiben, worin die in Holland bestehenden mißlichen Verhältnisse erneut geschildert und die deutschen Kollegen aufgefordert werden, Holland fernzubleiben. In dem Schreiben wird unter anderem gesagt, daß die holländische Regierung bemüht ist, den Wohnungsbau lahmzulegen. Dadurch, daß die Unternehmer zugewanderte Bauarbeiter bei der geringeren vorhandenen Arbeitslosigkeit bevorzugten, sind die in Holland anfalligen Bauarbeiter schon im Juli dieses Jahres bis zu 75 % arbeitslos gewesen. Neben der Lohnherabsetzung geht es den Unternehmern auch um die Befestigung des Arbeitsstandes. Die Stundenlöhne der Statiker betragen in den 6 Lohnstufen zwischen 53 und 82 Centimes, jeft betragen sie zwischen 48 und 85 Centimes, sie sind schon um 7,6 bis 11,1 % vermindert worden. Bei den angelegenen Arbeitern betrug die Verminderung gar zwischen 8 und 21 % und bei den ungelerten Arbeitern zwischen 8 und 16,6 %. Unter keinen Umständen dürfen deutsche Arbeiter sich dazu hergeben, dem Angriff der holländischen Unternehmer auf die Lohnbedingungen Widerstand zu leisten. Weife deshalb kein deutscher Bauarbeiter nach Holland. Die in Holland beschäftigten Bauarbeiter müssen in fändiger Führung stehen mit dem holländischen Bauarbeiterverband, mit dem Statikerverband, je nachdem die Organisation für ihren Beruf zuständig ist. Sie sind verpflichtet, Holland zu verlassen, wenn ihre Anwesenheit den holländischen Kollegen die Arbeitsbedingungen gefährdet. Dies Opfer sind sie ihrer Solidaritätspflicht schuldig.

**Die Häuser im Arbeiterviertel.**

Wohin auch die Augen wandern, ein Haus gleicht doch stets dem andern: Wand an Wand und Stein an Stein, dunkle Fenster, nied'ere Türen in die Wohnungshöhlen führen . . . Das soll unsre Heimat sein! —

Stumpf und schwül zieht uns'r Leben: nie ein Nehmen, stets ein Geben, nie ein Fünklein Sonnenschein! Kinder werden hier geboren, Kraft und Mut geh'n hier verloren . . . Das soll unsre Heimat sein! —

Und wir wissen doch: es springen Quellen draußen, Stürme fliegen durch den Wald, um Felderrain, — Sommerfestigkeiten preißen draußen, wo die Gräfer grünen . . . Unfer Heim bleibt eng und klein!

Wollen fern der Freude Garten wir noch lange, lange warten in vergrämter Alltagspein? Wollen wir nicht uns're engen Großstadtkerkhöhlen sprengen, die ke in Heim uns können sein!

Aus den öden Mietkafernen sehnen wir uns nach den Fernen blauer Wälder, still und rein! Und wir rültein an den Toren, haben wir uns doch geschworen: schön soll uns're Heimat sein! Ludwig Keffen.

**Berichte.**

**Annaberg.** (Eine verunglückte Agitationstour nach Cottendorf.) Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen. So dachte wahrscheinlich auch Herr Zettel aus Aue, als er am 19. November nach Cottendorf kam, um in einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung über die Ursache des Ausschusses der Bauarbeiter aus dem Gewerkschaftsstand in Aue sowie die Fortschritte der Verhandlungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Hamburg zu sprechen. Von dieser Versammlung wird aber Herr Zettel nun nicht gern erzählen wollen, bereitwillig wie stets, wollen wir es an seiner Stelle tun. Zu der Versammlung war auch der Geschäftsführer unseres Bezirksvereins Annaberg erschienen, zu dessen Bezirk Cottendorf gehört, und rein zufällig noch 5 weitere Verbandmitglieder aus Annaberg, Chemnitz und Frankenberg. Bei Beginn der Versammlung münzten einige Anwesende Umstellung der Tagesordnung, weil den etwa 30 Cottendorfer Mitgliedern der alten Bauhütte in Aue es nichtdun er schien, über die Geschäftsführung in ihrem sozialistischen Betrieb etwas zu hören. Herr Zettel erwiderte diese Sache aber weniger wichtig, er wünschte, sie an zweiter Stelle abzuweiden. Das in seinem Befindlichkeits Patet ließ vermuten, daß er noch wichtiges vor habe, und zwar, wie wir hören konnten, die Gründung einer Zählstelle für die Chemnitzer Saintrage, aber auch für die Auer Arbeiterstraße. Was Zettel vorhaben konnte, waren „alle Kamellen“ über den bösen Paepel, der mit seinem Vorstand nicht für Besserstellung der Bauarbeiter Sorge und die Bauarbeiter von Aue sitzen lasse, die so sehr von Kampflust besetzt seien; dagegen seien Zettel und der frühere Vereinsvorstand in Aue völlig unschuldig, kein Kammlein sei jo rein. Er bezeichne alles in den Flugblättern Gejagte als Schwindel. Er betritt die dem Verein Aue zur Last gelegten Kassenjehigkeiten. Man habe 170 000 M im August vereinnahmt Streitzelder nur anstatt im dritten erst im vierten Quartal buchen können. Im übrigen ginge das, was der Verein Aue tat, niemanden etwas an. — Das Aufklären besorgten aber diesmal andere, die ihn bei dieser für ihn nicht ganz leichten Arbeit ablösten, nämlich die Kollegen Weife, Regold, Ruttloff, Schmidt und Frei, und zwar in einer Weise, daß Herr Zettel am Ende nicht im Zweifel sein konnte, was ihm die Zukunft bringen kann, wenn er seinem Vorjag, sich auf diesem Wege Vorbeeren zu holen, treu bleiben sollte. Man hielt Zettel die Widersprüche seiner Rede, sein bisheriges Verhalten und die allbekannten Auegerungen kommunistischer Größen vor. Weife erklärte die kommunistischen Direktiven von Moskau (Arbeiten mit aller Schläue, legalen und illegalen Mitteln usw.), die Zettel glaubt befolgen zu müssen. Er wies darauf hin, daß die Minorität der Majorität sich immer fügen muß. Er beurteilte die fingierten Kündigungsanträge, die zur Entlassung des Geschäftsführers Müller in Aue dienen mußten. Regold versicherte, daß im Deutschen Bauarbeiterverband Reinlichkeit und Ordnungsmäßig herrsche und deshalb für manche Leute kein Platz sei. Ruttloff hielt das Eindringen Zettels in Cottendorf mit den einfachsten Anstandsregeln für unvereinbar und stellte richtig, was Zettel vom Annaberger Streiz falsch dargestellt hatte. Schmidt konnte einiges aus einer kommunistischen Proschüre vortragen, was trefflich für den Tag paßte. Außerdem schnitt er die Tätigkeit Zettels als Leiter der Bauhütte Aue an. Das letztere brachte Herr Zettel ganz besonders in Erregung, er versicherte, mehr als seine Pflicht

getan zu haben. Kollege Frei als Kassierer der Bauhüttenbeiträge konnte nicht verstehen, warum Zettel ihn bis heute ohne jegliche Mitteilung und Mitteilung über eingezahlte Gelder gelassen habe, trotz persönlicher und schriftlicher Vorstellung. Eine befriedigende Antwort konnte Zettel auf diese für ihn recht peinlichen Fragen auch diesmal nicht geben. In dieser viereinstündigen Versammlung hat sich Zettel in Cottendorf ganz sicher ein bleibendes Denkmal geschaffen. Ein Schlußwort anzuhören, hatte niemand mehr Lust, trotz inständiger Bitten Zettels. Die Anwesenden, etwa 80 Mann, verabschiedeten sich, Zettel und einige seiner Freunde sitzen lassend. Ein mitleidiges Gefühl war das einzige, was man für das Häufchen Unglück übrig hatte. Herr Zettel will aber auch nichts glücken, Mit seinen kommunistischen Freunden kann er nicht in allen Stücken gehen; im Deutschen Bauarbeiterverband stolpert er über Disziplin und Ordnungsbestimmungen, von dem zur Sainstraße übergetretenen Verein Aue läuft ihm die Hälfte der Mitglieder fort und zum alten Verband zurück. Wenige hundert Saintrage-Mitglieder können aber die Kosten für drei Angestellte nicht aufbringen, und nun wollen die Cottendorfer, die hier helfen sollen, von einem Unschuldig an den Ausschluß des Verbandes nichts wissen. Ein Unglück kommt selten allein. Ob Herr Zettel Cottendorf bald wieder mit seinem Weijag beehren wird?

**Meiweih.** Die Arbeitslosigkeit hat sich im Laufe des Sommerz gut entwickelt und war auch noch in den letzten Wochen gut. Die Auswanderung aus dem deutlichen Gebiet ins polnische geborene und aus diesem ins deutliche hat das vorher schon vorhandene gewisse flüchtlingstendenz und die Wohnungsnot vergrößert. In der Stadt Ratibowitz vermehrte sich die Einwohnerzahl in den letzten 3 Monaten von 48 000 auf 68 000. Ebenso haben die deutlichen geborenen Städte einen großen Zuwachs erfahren. Die unrettbar geborene Wohnungsnot soll nunmehr durch Aufstellung von Baracken vermindert werden. Der neue Tarifvertrag konnte noch nicht abgeschlossen werden, da erst sein Geltungsbereich festgelegt werden mußte. Dem Verlangen der polnischen Organisationen, in den reindutschen Gebieten mitzubestimmen über die abzuschließenden Verträge, konnte nicht stattgegeben werden, weil sie in diesen Gebieten keine Mitglieder haben. Da die Feuerung in Polnisch-Oberhiesien noch härter geliegen ist als in Deutsch-Oberhiesien, so sind dort seit Oktober höhere Löhne festgelegt worden. Vom 15. bis zum 30. November betragen die Stundenlöhne einschließliche Werkzeugaalage in Deutsch-Oberhiesien für Maurer und Zimmerer 282 M, für Hilfsarbeiter 236 M, in Polnisch-Oberhiesien dagegen 350 und 318 M. In den Landkreisen Ratibor, Golez, Kreuzburg und Lebus findet die Lohnregelung bei dem zum größten Teil unorganisierten Unternehmern immer starken Widerstand. Da sich das Prestauer Bezirkslohnamt an für Oberhiesien unzulässig erklärte, waren wiederholt Verhandlungen vor den gegenseitigen Schlichtungsausschüssen notwendig, deren Ergebnis unsere Kollegen jedoch nicht befriedigte. — Als Eintrittsgebühr letzte der Vereinsauschluß 3 Stundenlöhne fest, ausschließlich der ersten Beitragsmarke. Dies hat sich gut bewährt. Im 3. Vierteljahr wurden 181 000 M an Eintrittsgeldern eingenommen. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen in dieser Zeit 2 208 342,50 M, davon wurden für 1 970 113 M ausgezahlt; für Streiz waren 99 809 M, für Arbeitslohnunterstützung 1169 M, für Krankenunterstützung 16 431 M erforderlich. Die Vereinskasse hatte eine Einnahme von 949 404,72 M und schloß bei einer Ausgabe von 727 989,72 M mit einem Bestand von 222 015 M ab.

**Kassa.** (Quartalsbericht.) Die Bautätigkeit war gut und die Mitgliederbewegung infolgedessen recht lebhaft. Zu dem am Beginn des Quartals vorhandenen gewesenen 349 Mitgliedern sind 39 neugetreten, 5 zugereist und 15 aus anderen Verbänden übergetreten. Davon sind 14 als abgereist gemeldet, 4 ohne Abmeldung; 1 Mitglied ist gestorben und 36 sind zu andern Verbänden übergetreten. Das Quartalsjahr schloß demnach mit einem Bestande von 353 Mitgliedern ab; 9 davon hatten Beitragsreste von 1 bis 8 Wochen. Die Abrechnung ergab für die Hauptkasse an Einnahmen 188 627,50 M; ausgezahlt sind für 102 296,50 M und für ihre Rechnung ausgegeben 1206 M für Krankenunterstützung und der der Vereinskasse zugereichte Beitragsanteil im Betrage von 35 125 M. Der Vereinskasse verblieb bei 60 029,64 M Einnahmen und 18 299,65 M Ausgaben ein Kassenbestand von 41 729,99 M. Der Kassierer erhielt Entlohnung. Die Löhne wurden monatlich geregelt. Die Unternehmer verhielten sich sehr ablehnend, und so hatten Verhandlungskommission und Bezirkslohnamt eine schwierige Arbeit zu bewältigen. Aber trotz aller auf die Lohnbewegung verwendeten Umjagd und Mühe hat sie unsere Kollegen nicht befriedigen können, weil die Preisserhöhungen den Lohnserhöhungen immer weiter vorausziehen. Viele sollen für einige möglichst viel schaffen und ihnen das Leben so angenehm wie möglich machen, dagegen soll den Bielen möglichst wenig gegeben werden. Das ist der Unternehmervorjag. Scharf beurteilte die Versammlung die Freireisere kommunistisch gerichteter Leute gegen unsern Verein und seine Leiter. Ferner wurde daran erinnert, daß Affordarbeit unzulässig ist und die adhtmündige tägliche Arbeitszeit nicht überschritten werden darf. Gegen Widerstandlungen wird nach § 21, 3 der Satzung vorgegangen. Einigkeit und fester Zusammenhalt werden unserer Arbeit weitere Erfolge sichern.

**Wien.** Die am 12. November abgehaltene Generalversammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der im dritten Quartal verstorbenen Mitglieder. Des Besonderen gedachte der Vorsitzende der Verdienste des Kollegen Fröhlich, der aus seinem vollen Wirken für die Arbeiterbewegung dahingegangen ist. Aus dem vom Kollegen Jäger erstatteten Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Bautätigkeit merklich abnahm; trotzdem hat die Mitgliederzahl in der Berichtszeit noch um einige Hundert zugenommen. Selbstwertung und Preisfestlegungen machten wiederholt Verhandlungen um Lohnserhöhungen erforderlich. Dabei haben sich die einer ausreichenden Lohnfestsetzung entgegenstehenden Widerstände betraut verjagert, daß die Unternehmer noch in den letzten Wochen durch einen großen Kampf gezwungen werden mußten, die Löhne zu erhöhen. Auch jetzt ist die Lage der Arbeiter so schwierig und unanhaltbar, daß schnellstens Maßnahmen



getroffen werden müssen, um einen weiteren Verfall der Arbeitskräfte aufzuhalten. In die Verwaltungsverhältnisse werden in jeder Zeit außerordentlich große Anforderungen gestellt. Auf den Baustellen entfallende Streitfälle sollen zunächst von den Bauleitern im Sinne des Betriebsvertrages zu lösen versucht werden. Erst wenn dies vergeblich war, sind die daran beteiligten Kollegen dem Verbandsbureau zugewiesen. Der Stellenabschluss ergab für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe 4 926 249,50 M. Die Vereinskasse hatte bei 2 895 584,89 M. Einnahmen 992 859,44 M. Ausgaben, so daß sie mit einem Bestände von 1 403 224,95 M. abschloß. In der Aussprache wurde allgemein über die Unzulänglichkeit aller bisher erreichten Lohnverbesserungen gelaßt. Sie entsprechen noch nicht einmal den amtlichen Feuerungsgehältern. Dazu müssen die Arbeiter die voraussehbare Preissteigerung noch einmal tragen, ehe die Löhne weiter erhöht werden können. Einem Antrag entsprechend, beschloß die Versammlung, der Verbandsvorstand möge mit den Arbeitgeberverbänden vereinbaren, daß die im Reichstarifvertrag festgesetzte Verhandlungsfrist von 4 Wochen verkürzt wird. Auf Antrag der Revisoren wurden Kassierer und Verwaltung entlassen. Das Eintrittsgeld beträgt vom 20. November an für Neueintretende 200 M., für niederstufte Eintretende 500 M., für Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren 30 M., im Alter von 16 bis 18 Jahren 50 M., für Ueberretende 10 M. Das Mitglied Recht mußte wegen organisationsfähigen Verhaltens aus dem Verbandsausgeschieden werden. Eine Kommission, aus 9 Mitgliedern bestehend, erhielt den Auftrag, das Statut nach den Satzungen des Bauergewerksbundes umzuarbeiten. In einbringlichen Worten ermahnte der Vorsitzende zu strenger Förderung unserer Jugendabteilung. Hinweisend darauf, daß die gegenwärtige Lohnbewegung unseren Kollegen in nächster Zeit erste Entscheidungen auferlegen wird, appellierte er in seinem Schlußwort an alle Mitglieder zu weiterer Mitarbeit.

**Neubaukommission.** Generalversammlung am 13. November. Dem vom Kollegen Wittfoß erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre eine gute Bautätigkeit herrschte. Das Jahr war reich an Arbeit für die Arbeiterbewegung. Was die Leiter unseres Verbandes haben schwere Arbeit leisten müssen. Obgleich es doch von einer Lohnbewegung in die andere. Die Löhne, anfänglich monatlich festgesetzt, mußten nach dem Matheuanmord vierzehntägig und gar wöchentlich erneuert werden. Trotzdem haben sie mit den Preissteigerungen nicht Schritt gehalten; sie stehen heute unter dem Existenzminimum. Der in voriger Generalversammlung, am 5. November 1921, beschlossene Sozialleistungsbeitrag in der Höhe eines Tagesdienstes war bereits am 1. Dezember von den meisten Kollegen abgelehnt. Einige Säumige, noch einmal aufgefordert, erfüllten ihre Pflicht im Laufe des Dezember, so daß unsere Sozialleistungsbeiträge am 1. Januar zeitlos in die Beitragsliste abgeführt werden konnten. Die Mitgliederzahl beträgt 128. Davon 4 Mitglieder betragsfrei (Zwangslos) und 8 Beiträge. Politisch organisiert sind 99, genossenschaftlich 88. In der Demonstration gegen den Matheuanmord waren alle Kollegen beteiligt. Bei der zweiten Demonstration, dem Generalstreik, fehlte nur ein Kollege, weil ihn die Nachschicht zu spät erreichte. Sind auch unsere Organisationsverhältnisse gut zu nennen, so muß doch die Zahl der tätigen Mitkämpfer noch verbessert werden. Mancher kritisiert wohl auf der Baustelle, hat aber für die Mitarbeit im öffentlichen Leben nicht viel übrig. Sind doch nur 20 Mitglieder öffentlich ehrenamtlich tätig (18 Gemeinbedienter, 2 Amtsbedienter). Zum wir unsere Pflicht als aufgeklärte Arbeiter, dann werden wir unser Ziel erreichen, möge die Zahl der Gegner noch so groß sein. In der Aussprache wurde angeregt, für die Lohnregulierung den Gruppenpreis als Grundlage dienen zu lassen. Auch die Bauarbeiter (Deputatempfangen) erhalten ihre Röhren in Schließungen 14 Pfund Korn, 4 Liter Vollmilch, Wohnung, Garten, Feuerung, Kartoffeln. Nach dem heutigen Wert ihres Deputats überholen sie unsere Löhne ganz bedeutend. Der Vorstand erhielt einstimmig Entlastung erteilt und wurde einstimmig wiedergewählt. Rund 100 Mitglieder hatten an der Versammlung teilgenommen.

**Münsterberg.** (Nichtachtung der Arbeitsbedingungen durch Zurechnung.) Es ist allbekannt, daß die Großstädte starken Zug von Arbeitskräften aus den Provinzorten haben. Namentlich trifft dies im Baugewerbe zu. Niemand wendet dagegen etwas ein, insbesondere nicht, solange die Arbeitslosigkeit gut ist. Auch bei niedrigeren Gehältern kommt man zu den Maurerbrüder und zählt die dort ansässigen Kollegen als zum Arbeitsgebiete gehörend. Wenn aber einzelne dieser Kollegen die im Arbeitsgebiet geltende Verbandsordnung missachten, dann ist es den ansässigen Kollegen nicht zu überlassen, wenn sie den auswärtigen nicht besonders freundlich gesinnt sind. Dabei wird freilich sehr oft verallgemeinert, so daß die ihre Verbindlichkeiten gewissenhaft erfüllenden Kollegen für die Sünden einzelner unter ihnen mit büßen müssen. Gegenwärtig wird hier über die aus Schopfloch herreisenden Kollegen gelaßt. Wiederholt wurde gemeldet: Die Unterjocher arbeiten an einer Baustelle Tag und Nacht. Die Unterjocher hat leider ergeben, daß diese Klagen begründet waren, wenn auch nicht alle aus Schopfloch hier arbeitenden Kollegen zu diesen Sünden gehören. Es handelte sich um den Kolner Gutwald aus Feudthwangern, den Hilfsarbeiter Frank aus Feudthwangern und um die Maurer Kranz, Schwarze, Schaffner und Cramer (Mitglieder des Steinarbeiterverbandes) aus Schopfloch, die für den Architekt Inhaber bis in die Nacht hinein Überstunden arbeiten. Und zwar berichten sie zugaben, sobald die Ruher und Statutäre die Baustelle verlassen haben. Die Vereinsleitung in Schopfloch hat sich schon mit dem Schreiben dieser Leute befaßt, genügt hat es aber nur einen Tag, dann sind sie dem Unternehmer wieder willfährig geworden. Von unseren Schopflocher Kollegen wird erwartet, daß sie dem Schreiben der Genannten Gehör geben; denn sie werden mit diesen Leuten verhandeln. Der tarifvertraglichen Arbeitszeit nicht in einen Kopf geworfen sein wollen. Unsere Kollegen werden diese Stellen mit Gedächtnis behalten und ihnen bei passender Gelegenheit sagen, wer sie sind. Joh. Ziegler.

### Verbandskalender 1923.

Der Verband des Kalenders hat inzwischen begonnen. Er wird, je nachdem die Lieferungen von der Buchbinderei eingehen, voraussichtlich im Laufe des Monats Dezember beendet sein. In der Buchbinderei wird jetzt mit Hochdruck, sogar unter Zuhilfenahme von Überstunden gearbeitet, damit der Verband nach Möglichkeit beschleunigt werden kann.

Der Preis für den Kalender mußte auf 130 Mark festgesetzt werden. Dabei sind nur die technischen Herstellungskosten, also Papier-, Druck- und Einbandkosten, sowie die Postgebühren für den Versand berücksichtigt worden. Die für den Kalender erforderlichen Arbeitsstoffe sind, wie alles andere auch, derartig teuer geworden, daß der Preis nicht niedriger angelegt werden konnte. Gleichwohl ist sein Verhältnis zum Lohn und Wochenbeitrag nicht größer, als in früheren Jahren. Nach Inhalt und Ausstattung steht der Kalender hinter keinem seiner Vorgänger zurück. Er ist gleich wertvoll als Notiz- und Nachschlagebuch wie als Lern- und Werbemittel.

Soweit unsere Verbandsmitglieder und die Vereinstellungen noch keine Kalenderbestellungen aufgegeben haben, werden sie nochmals dringend gebeten, dies jetzt ungeeignet zu tun! Der Kalender wird in einer Auflage von 75 000 Stück hergestellt, davon sind bis jetzt 64 000 Stück bestellt. Eine Neuauflage ist leider nicht möglich. Deshalb, Verbandsmitglieder, zögert nicht länger mit der Bestellung!

### Bau-Wertmeister.

#### Tarifgemeinschaft für Poliere und Schachtmeister.

Bisher ist es nur vereinzelt gelungen, die Unternehmer zur Anerkennung der Tarifgemeinschaft als Vertragsträger der Lohn- und Arbeitstarife für Poliere und Schachtmeister zu bewegen. Die Unternehmer weigern sich und versuchen, unsere Kollegen einzureden, daß nur eine reine Berufsorganisation der Poliere und Schachtmeister berechtigt sei, als Vertragsträger anerkannt zu werden.

Es ist selbstverständlich, mit welcher Ausdauer die Arbeitgeber um ein Zustandekommen guter Organisationsverhältnisse unter den Polierern und Schachtmeistern bemüht sind. Aber diese zweifelhafte Anteilnahme zeigt jedem, der nur ein wenig nachdenkt, daß es den Unternehmern nicht um das Wohl der Poliere und der Schachtmeister zu tun ist, sondern daß sie dabei nur ihren eigenen Vorteil suchen. Schon immer waren die Arbeitgeber bemüht, die Wertmeister von den Bestrebungen der Arbeiter fernzuhalten. Sie sehen es am liebsten, wenn die von ihnen mit der Führung der Arbeit Betrauten nicht Freunde, sondern Gegner der Arbeiter sind. Deshalb haben die Arbeitgeber von jeher den Ständebündel in den Polierern und Schachtmeistern zu werten versucht. Und auch jetzt noch geben sie die Hoffnung nicht auf, Poliere und Schachtmeister als ihre alleinigen Vertrauensleute zu gewinnen, wie sie es früher waren. Gewiß gibt es ab und zu Kollegen, die diesen Wünschen der Unternehmer entgegenkommen. Aber in ihrer großen Masse lehnen die Poliere und Schachtmeister sich dagegen auf, als Unternehmernechte angesehen zu werden. Sie fühlen sich als freie Bauarbeiter und wollen mitreden bei dem Zustandekommen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie wollen Genossenschaftler sein.

Aus diesen Gründen haben auch die Verbände, denen Poliere und Schachtmeister angehören, die Tarifgemeinschaft gegündet. Aufgabe der Bauarbeiter ist es, die Tarifgemeinschaft zu unterstützen. Wo diese Tarifgemeinschaft Maßnahmen zur Durchführung ihrer Forderungen trifft, müssen diese von den Bauarbeitern beachtet werden. Kein Bauarbeiter, kein Techniker oder Bauführer darf die Tätigkeit eines streikenden Poliers aufnehmen. Wer sich als Vertreter streikender Poliere oder Schachtmeister gebrauchen läßt, ist ohne weiteres als Streikbrecher zu betrachten. Für solche Kollegen, die als Postgenossen oder Vorarbeiter beschäftigt werden, gelten die Forderungen der Poliere und Schachtmeister ebenfalls. Soweit sie in besonderen Fällen nicht ausdrücklich davon ausgenommen sind, müssen sie sich der Bewegung anschließen. Bei einem Streik der Poliere und Schachtmeister brauchen die Bauarbeiter die Arbeit nicht einzustellen. Entläßt sie der Unternehmer oder läßt er die Arbeit aussetzen, weil kein Polier oder Schachtmeister an der Baustelle ist oder weil die Bauarbeiter keinem Streikbrecher folgen, so gelten die davon betroffenen Kollegen als in Mitleidenschaft gezogen und sind demnach als Streikende zu betrachten.

Selbstverständlich müssen die Poliere und Schachtmeister die Anordnungen und Weisungen der Tarifgemeinschaft befolgen. Aus Intimität und vor der Befehlsgebung durch die Tarifgemeinschaft, daß nur gemeinschaftlich gehandelt werden darf, hat man ohne Zustimmung der Tarifgemeinschaft und ohne daß sie davon wußte, Tarifbeiträge verlangert oder mit den Unternehmerverbänden verhandelt. Das darf in Zukunft nicht mehr vorkommen. Eine Organisation, die jetzt noch allein vorgeht, stellt sich außerhalb der Tarifgemeinschaft und ihrer Richtlinien.

Unsere Fachgruppen müssen jetzt in ihren Versammlungen zu diesen Fragen Stellung nehmen. Unterlagen, Richtlinien und Rundschreiben sind allen Fachgruppenobmännern zugegangen. Sie müssen gleichzeitig dafür sorgen, daß die Bauarbeiter über ihre Bewegung unterrichtet werden. Den uns noch fernstehenden Kollegen aber rufen wir zu, daß das durch die Tarifgemeinschaft verwirklichte: „Gemeint marschieren und bereit schlagen“ werden muß zu einem „Bereit marschieren und schlagen“ durch Zugehörigkeit zum Deutschen Baugewerksbund. H. P.

### Gliesenleger.

Mannheim-Ludwigsbafen. Die gliessen Unternehmer haben kurzfristig den im Gliessenlegergewerbe geltenden Tarifvertrag gekündigt, keinen aber bisher keine Preiserhöhung vornehmen, über einen neuen Tarifvertrag zu verhandeln. Die Gliessenleger werden deshalb ersucht, das Mannheim-Ludwigsbafener Arbeitsgebiet bis auf weiteres zu meiden, da der Zugang gesperrt ist.

### Neue Postgebühren.

Am 15. Dezember treten von neuem erhöhte Postgebühren in Kraft. Unsere Mitglieder werden dringend gebeten, dies zu beachten und alle Postsendungen richtig freizumachen. Trotz wiederholten Hinweises, daß Briefmarken, die das Bildnis der Germania tragen, nicht mehr verwendet werden dürfen, treffen noch täglich Postsendungen ein, die mit diesen Marken versehen sind. Da die Post die Germaniaarten nicht mehr als Freimarken anerkennt, werden unsere Kollegen nochmals dringend gebeten, diese Marken nicht mehr zu verwenden, um damit unnütze Ausgaben für Strafporto zu ersparen.

### Vom Bau.

Aischaffenburg. Am 10. November ist unser Kollege, der Maurer Heinrich Kerner aus Aischaffenburg, bei der Firma Graßmann, an dem Neubau-Kesselhaus in Gochstadt tödlich verunglückt. Von einem 2 m hohen Gerüst stürzte er rückwärts ab und erlitt dabei einen doppelten Schädelbruch. Mit dem Hinscheiden dieses Kollegen hat die Zahlstelle Aischaffenburg eines ihrer besten und ältesten Mitglieder verloren. Kerner gehörte dem Deutschen Bauarbeiterverband seit 1902, seit Gründung der Zahlstelle Aischaffenburg an. Die Mitglieder unseres Vereins, und besonders der Zahlstelle Aischaffenburg, sind von tiefer Trauer erfüllt über das frühe Hinscheiden ihres stets eifrig um das Wohl der Mitglieder besorgten Mitstreiters.

Epremerberg. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 22. November auf dem Fabrikneubau in Kalden bei der Schornsteinbaufirma Ulrich. Vier Bauarbeiter waren mit Aufräumungsarbeiten in einem Kanal beschäftigt, als mit einem Schläge das Gemölde herunterbrach. Zwei der Arbeiter konnten sich im letzten Augenblick retten und kamen mit heiler Haut davon. Die anderen beiden, unsere Kollegen Fritz Ulrich aus Breslau und Angela aus Braunsdorf, wurden schwer verletzt aus den Krümmern herabgerissen und kamen sofort ins Krankenhaus. Die Schulfrage muß noch untersucht werden. Als festgesetzt darf aber schon gelten, daß die Verankerung feststeht und die Baustelle mangelhaft waren. Das Gemölde trieb die Mauer durch seinen Druck nach außen, mußte infolge dessen einstürzen. Die sofort benachrichtigte Berufsgenossenschaft in Breslau wie auch die Polizeibehörde in Wustau haben wohl versprochen, sofort Vertreter zu entsenden, doch liegen sie tagelang auf sich warten. Warum? Haben sie es nicht so eilig, weil ja nur Proletariat zu Schaden gekommen sind?

### Bücher und Schriften.

Sir Francis Younghusband: Das Herz der Natur. (Leipzig, Brockhaus.) Dieses Buch ist das Werk eines Mannes, der als Forschungsreisender, als gelehrter Geograph wie als Offizier einen wohlgelegneten Namen hat und der seit Jahren Präsident der englischen Geographischen Gesellschaft ist. Ein Mann der Tat, der die Welt, Land und Völker kennengelernt hat, der als Forscher und als Krieger in das verschlossene Land Tibet und bis Schja gebrungen ist, teilt hier von seinen reichen Erfahrungen mit. Es ist nicht eigentlich ein forschendes im landläufigen Sinne, sondern vielmehr das Werk eines Mannes, der in allen Plagen des Alltags immer wieder sein Augenmerk richten muß auf die Natur, der in ihr seine Erkenntnisse und sein Wissen sammelt und dadurch erst fähig wird, das Leben nicht nach kleinlichen Gesichtspunkten zu sehen, sondern manches Schöne und Gemeine zu übersehen und nur eines immer wieder zu bekunden: die Liebe zur Natur und zu ihrem vornehmsten Vertreter, dem Menschen. Man kann wohl mit Zug und Recht sagen, daß sein Humboldt kein Werk mehr erschienen ist, das so tief in Weisen und Seele der Natur hineinführt.

Rud Raschmussen: In der Heimat des Polarforschers. Die zweite Thule-Expedition 1916/18. Mit 72 einfarbigen und 4 bunten Abbildungen und mit 10 Karten (Leipzig, Brockhaus.) Wer kann sagen, daß er den Polarforschern, den Eskimos, das er dessen Heimat, Grönland, wirklich kennt? Und dabei besteht seit mehr als 1000 Jahren, seit den Tagen der alten nordischen Wikinger, eine rege Verbindung Europas mit Grönland. Raschmussen hat das Verdienst, dieser Unkenntnis mit seinem Buche wirksam entgegenzutreten. Mancher Jagdrunder alter Übergeblau über die Polarforschern wird mit diesem Buche zerbrocht werden; denn der Verfasser ist um so glaubwürdiger, als er auf Grönland geboren ist und alle seine Reisen nach Art und Weise der Eskimos machte. Darum gelang es auch dem Forscher, dort noch Erfolge zu erzielen, wo ungleich besser ausgerüstete Forscher zugrunde gingen. Von diesen Reisen handelt das Buch, und zahlreiche einfarbige und bunte Bilder nach Photographien und Originalzeichnungen sowie eine große Zahl Karten unterstützen den Text. Darum ist dieses reichhaltige, packende Werk wie kein anderes geeignet, eble Unterhaltung und reiche Belehrung zu bieten. Es ist gar nicht genug zu bedauern, daß es dem einzelnen Arbeiter wegen der hohen Kosten fast unmöglich geworden ist, sich gute Bücher, wie es die beiden vorstehenden genannten Werke ohne Zweifel sind, zu kaufen. Aber wo unsere Vereine für ihre Bibliotheken, namentlich für die Jugendabteilungen, Mittel bereitstellen können, würden sie für diese beiden Werke aufs Beste angewandt sein.

Aus der Betriebsratspraxis, 2. Teil. Von Clemens Koppel. Verlag: Vorwärts, Berlin SW 68. Diese im Auftrage der Betriebsratszentrale herausgegebene Spruch-

Jammlung von Bescheiden, Schiedsprüchen und Urteilen, die auf Grund des Betriebsrätegesetzes...

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Betriebszeitung und Correspondenzblatt. Es besteht die Notwendigkeit, den Bestand dieser Zeitschriften an die Vereine möglichst zu vereinheitlichen...

Arbeiterjugend. Den Vereinsleitungen, die für ihre Jugendgruppen bisher durch den Verbandsvorstand...

Ansgeschlossen nach § 21 der Verbandsatzung ist vom Verein Gumbinnen: Albert Stadbrodt, geboren am 6. Juli 1887...

Vom 19. bis 25. November haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Aßling 80 000, Aachen 100 000, Aiffler 30 000, Arendsee 15 000, Arneburg 8000, Arnshagen 30 000, Arnberg 78 000, Augsburg 25 000, Aushaus 31 000, Auzich 18 000, Auma 13 840, Arnsmalbe 10 000, Bremerhaven 265 000, Bremen 100 000, Brandis 15 000, Belgard 10 216, Belgig 6740, Bernau 50 000, Braunschweig 40 000, Briel 10 000, Barchitz 3000, Bunslau 100 000, Birkelohde 20 000, Beeston 10 000, Bahrn 10 000, Bittow 9067,50, Balzenburg 3000, Bochum 200 000, Bauen 300 000, Büsum 29 522,34, Bonn 30 000, Bochum 10 475,50, Caffel 142 000, Cuzhauer 100 000, Clausnitz 50 000, Corbach 46 000, Chemnitz 250 000, Coburg 49 835, Colbitz 18 000, Calbe 15 000, Cottbus 240 000, Cöthen 55 000, Deggendorf 40 000, Darmstadt 250 000, Driesen 25 500, Darnitz 25 000, Duffelberg 300 000, Düren 100 000, Detmold 80 000, Delsdorf 50 000, Döbeln 35 000, Dannenberg 5000, Dillenburg 24 000, Dörfen 150 000, Duisburg 300 000, Esfen 305 000, Etzing 120 000, Etzweib 60 000, Elmshorn 50 000, Erfurt 75 000, Erbing 50 000, Esfen 30 000, Elmshorn 10 000, Esfen 1517, Frankfurt a. M. 1 232 885, Fulda 50 000, Freiburg 60 000, Freiburg i. Br. 180 000, Feilberg 1000, Freiberg i. S. 80 000, Froberg 27 400, Füssen 20 000, Frankfurt 10 000, Grumbitz 5000, Gippingen 150 000, Grünberg 100 000, Gumbinnen 30 000, GutsMuths 40 000, Goslar 50 000, Grimmen 6000, Gera 150 000, Gronau 26 000, Güstrow 15 000, Gießen 150 000, Gelsenkirchen 150 000, Götlich 150 000, Glanau 80 000, Gelsen 300 000, Gnoien 8000, Greifenberg i. Pom. 9000, Hof 300 000, Halle 40 000, Hilbesheim 100 000, Hagen 200 000, Husum 30 000, Heide 10 000, Hermannsburg 10 000, Hornburg 9180, Heilbronn 100 000, Hirschberg 100 000, Hannover 70 000, Hornberg 20 000, Hainzende 6000, Hershfeld 60 000, Heßen 15 503, Halberstadt 73 739,10, Heringhausen 6000, Hüttenberg 20 034, Harnen 8000, Kempten 100 000, Kaiserlautern 100 000, Kassel 28 500, Konstantz 30 000, Kitz 10 000, Krausnick 6000, Kitz 3800, Kiel 175 000, Kösen 50 000, Kallberg 50 315,75, Klotterlausitz 40 000, Kronach 20 000, Krayna 15 840, Kröppelitz 15 000, Kallies 10 323, Karlsruhe 100 000, Kidenichitz 100 000, Landsberg a. d. B. 25 000, Land 50 000, Lebnau 50 000, Laufitz 35 000, Lübeck 280 000, Laage 15 000, Lauburg i. Pom. 10 000, Leitzsch 9800, Lößnitz 8000, Lützenburg 8000, Limburg 60 000, Leisnig 17 000, Marienwerber 10 000, Mühlengrund 30 000, Mannheim 818 000, Mülchen 250 000, Magdeburg 200 900, Meissen 180 000, Müllrich-Glabach 100 000, Mesbach 20 000, Meerane 20 000, Moosburg 20 000, Marne 10 000, Nordhausen 80 000, Rosenthalerhütte 16 000, Reize 15 000, Reuditz i. S. 10 000, Rortorf 6006, Rowates 60 000, Rothem 30 000, Reubamm 17 700, Röhrenberg 8191,10, Reutrichitz 38 000, Rieburg an der Weiser 3000, Neudalen 3000, Nordham 68 575,10, Dels 65 000, Cz 45 500, Dhlau 40 000, Dschah 17 000, Offenburger 200 000, Oldenburg i. D. 80 000, Osterode a. Harz

40 000, Obersee, 85 000, Osterburg 17 500, Poisdam 116 000, Paderborn 82 000, Pheitz 80 000, Pfän 12 000, Pölsin 3532,50, Plauen 270 000, Pölnitz 4400,50, Pfortzheim 60 000, Puffhorn 7000, Reine 40 000, Rabeburg 17 000, Reuditz 10 000, Regensburg 300 000, Reddinghausen 50 000, Ravensburg 75 000, Reichensbach i. Schlef. 190 000, Reuditz i. Hann. 15 000, Remscheid 100 000, Reuditz 5000, Radolfzell 4000, Sulzbach 15 000, Sigmaringen 12 000, Seifenberg 82 000, Seiffen 500 000, Seimau 50 000, Seiffen 40 000, Seibe 39 100, Schwarzenhof 20 000, Seigen 100 000, Solingen 120 000, Solzweil 45 000, Stendal 30 000, Stargard i. M. 20 000, Schmälitz 18 000, Seehausen 15 000, Stuttgart 300 000, Saarbrücken 200 000, Spremberg 110 000, Schweidnitz 100 000, Schleg 20 000, Schmiebus 20 000, Schönberg 7000, Schweinfurt 100 000, Schäft 18 000, Straßburg 31 149,20, Schwaa 12 737, Schmeberdingen 3500, Sulingen 3000, Tale 40 000, Trier 127 000, Trebbin 4193, Torgau 40 000, Teipe 20 000, Triesch 7000, Ulm 100 000, Uckermark 10 000, Velten 22 000, Vegehad 150 000, Wittenberg 46 906,50

Vm 16. Dezember ist der 50. Beitrag fällig.

Worms 130 000, Waldenburg i. Schlef. 400 000, Würzburg 153 000, Weissenburg 42 000, Waldheim 20 000, Wülfer 5000, Werneuchen 9000, Wiesbaden 400 000, Weiden 50 000, Worms 15 000, Waren 30 000, Wangerin 30 000, Weida 28 000, Weisenberg 10 000, Wilhelmshafen 150 000, Wipfen a. d. Ruhr 25 000, Werber 20 000, Waffenburg 51 060,30, Zerbst 45 500, Zossen 39 000, Zeitz 120 000, Zwickel 20 000, Zittau 50 000.

Verabschiedene Schriften: Aachen 164 M., Weeslow 7,90, Crefeld 50, Guben 81, Heilbronn 225, Kallberg 3,75, Plauen 163, Pfortzheim 45, Ravensburg 260, Reddinghausen 2400, Tiffitz 23. — Protokolle: Belgig 280 M., Brieg 1160, Crefeld 6180, Deggendorf 1000, Guben 520, Insterburg 800, Neulinden 2000, Ulm 1600, Weidheim 1160, Aachen, Auma, Brandis, Brühl, Weeslow, Bochum, Chemnitz, Clausnitz, Coburg, Colbitz, Döbeln, Dannenberg, Driesen, Feilberg, Froberg, Frankfurt, Grimma, Gnoien, Hornburg, Hannover, Kaiserlautern, Krausnick, Krayna, Kröppelitz, Kallberg, Laufitz, Leitzsch, Meize, Dhlau, Pölnitz, Puffhorn, Radolfzell, Reddinghausen, Reudenburg i. Hann., Seehausen, Tütlingen, Triesch, Wiesbaden, Werneuchen je 160 M.

Der Vorstandsvorstand.

Zentralfrankenkasse.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Rechnungsabschluss über das 3. Quartal 1922', 'Einnahme', 'Ausgabe', and 'Abschluss'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Krankengeld an Mitglieder der 1. Kl.', 'Sterbegeld für Mitglieder der 1. Kl.', 'Zurückgezahlte Beiträge', 'Kapitalanlagen', 'Verwaltungskosten', and 'Abschluss'.

Summa der Einnahme... 2671607,47 M. Summa der Ausgabe... 1655763,55 M. Bestand am 30. September 1922... 1015843,92 M.

Vermögensausweis. Barer Bestand laut Abschluss... 1015843,92 M. Belegte Kapitalien: a) Hypotheken... 205600, — b) Hamb. Sparkasse v. 1827... 314794,70 c) Neue Sparkasse in Hamb... 251439,61 d) Reichsanleihe... 99000, —

Gesamtvermögen am 30. September 1922... 1886678,23 M. Verwaltungsstellen: 470. Mitglieder: 27803. Hamburg, den 17. November 1922. W. Thies, erster Kassierer.

Vorliegender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassensbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kasernenvermögen ist uns vorgelegt respektive nachgewiesen worden. Für den Aufsichtsrat: A. Kleinfeld, H. Gader, A. Schlichting.

Verbandstagsprotokoll.

Die Niederschrift von den Verhandlungen unseres Leipziger Verbandstages ist unentbehrlich für jedes Verbandsmitglied, das über die Verbandsentwicklung unterrichtet sein will, das teilnimmt am Verbandsleben und an der Werberarbeit; denn das Buch enthält ein sehr wichtiges Stück Verbandsgeschichte und sollte deshalb auf dem Bücherbrett jedes Verbandsmitgliedes zu finden sein.

Der Vorstandsvorstand stellt den Verbandsmitgliedern diese Niederschrift zur Verfügung zum Preise von 100 M für die gehaftete und 160 M für die gebundene Ausgabe.

Dieser Preis deckt noch nicht einmal die technischen Herstellungskosten. An den allgemeinen Verhältnissen gemessen, ist er immer noch sehr niedrig. Den Verbandsmitgliedern ist somit eine gute Gelegenheit geboten, ein wichtiges, über das Verbandsleben unterrichtendes Buch zu erwerben. Sie werden deshalb gebeten, sich bei ihrem Vereinsvorstande, falls sie eine Niederschrift zu bestellen! Die Vereinsvorstände erwerben sich ein Verdienst um die Aufklärungsarbeit, wenn sie unter ihren Mitgliedern für die Verbreitung dieses nützlichen Buches wirken.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder: Ahrensbüsch (Gleichenhof), Heinrich Meier, M., 64 J. Artern. David Kleine, Maurer, 62 Jahre alt. Aischaffenburg (Wabenhausen), H. Nenner, M., 45 J. Augsburg. Heinrich Wais, Hilfsarbeiter, 55 J. alt. Borna. Gustav Wermann, Maurer, 68 Jahre alt. Breslau. Reinhold Wengler, Hilfsarbeiter. Hermann Bartsch, Hilfsarbeiter. Gleiwitz. Thomas Niewzom, Maurer, 55 Jahre alt. Grevenbroich. Adam Schlang, M., 47 Jahre alt. Hagen i. W. W. Krittgen, Gerb., 53 Jahre alt. Hamburg. Heinr. Pöhls, Maurer, 69 Jahre alt. Christoph Lotmann, Maurer, 62 Jahre alt. August Frömann, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt. (Geisthacht). Adolf Bünsow, Maurer, 22 Jahre alt. Hof. Karl Heller, Maurer, 34 Jahre alt. Köln. Jakob Lenz, Maurer, 63 Jahre alt. Hubert Röders, Kleinfeger, 41 Jahre alt. Kornelius Schmitz, Hilfsarbeiter, 53 Jahre alt. Mainz. Josef Braun, Maurer, 19 Jahre alt. (Wegheim). Heinrich Becker, M., 79 Jahre alt. Mannheim. Heinrich Müller, M., 56 Jahre alt. München (Mu.). Johann Oswald, M., 24 Jahre alt. Nürnberg. Georg Streng, Hilfsarb., 58 Jahre alt. Oibershan. (Rübenau). Emil Ernst Glöb, M., 22 J. Karl Louis Siegert, Maurer, 62 Jahre alt. Oldenburg. Wilhelm Lehmkühl, M., 40 Jahre alt. C. Nacke, Hilfsarbeiter, 24 Jahre alt. Engard-Schmitz. Wilhelm Dan, M., 32 Jahre alt. Schlaupe. Paul Dobrunz, Maurer, 61 Jahre alt. Stuttgart. Robert Bernhausen, M., 40 Jahre alt. (Dorohagen). Ludwig Hausmann, M., 40 J. alt. Wittenberg. (Groß-Teuben). W. Kaufmann, S., 38 J. Würzburg. (Lüttenheim). Georg Hornig, 52 J. alt. (Spre ihren Andenken!)

Bau-Produktivgenossenschaft Vorwärts, Vegehad.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Bilanz am 31. Dezember 1921', 'Aktiva', and 'Passiva'.

Zahl der Genossen am 1. Januar 1921 11 mit 11 Geschäftsanteilen, 1921 eingetreten 61 mit 70 Geschäftsanteilen. Zahl der Genossen am 31. Dezember 1921 72 mit 81 Geschäftsanteilen und 48 800 M. Kasssumme.

Der Aufsichtsrat: Am. Pape. Der Vorstand: A. Schmidt, Ad. Lampe.

Bau- und Erdarbeiter-Produktiv-Genossenschaft „Zukunft“ für den Freistaat Oldenburg.

Dienstag, den 12. Dezember, abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Oldenburg, Kurwiditz 2: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Genossenschaftliches.

Der Aufsichtsrat: F. A. Georg Wessels. Der Vorstand: F. A. Fr. Buscher.

Versammlungen.

Sprottau. Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 5 Uhr: Generalversammlung bei Stübner. Alle Kollegen müssen anwesend sein.